

8 Parteien und Parteiensysteme

Parteien auf Dauer angelegte organisierte Zusammenschlüsse gleichgesinnter Staatsbürger zur Förderung gemeinsamer politischer Anliegen.

Definition Nehmen zu allen wichtigen Sachfragen anhand einer allgemeinen politischen Programmatik Stellung, abstrakte Ziele

vote seeking Teilnahme an Wahlen, politische Verantwortung

policy seeking Beeinflussen direkt und indirekt die politische Gestaltung

office seeking Streben politische Ämter an

Funktionen für demokratischen Prozess unabdingbar

Bindeglied- und Netzwerkfunktion horizontal mit anderen Parteien und Interessengruppen und vertikal von regionalen Gruppierungen bis zur nationalen Partei

Interessensvertretungsfunktion Einspeisung gesellschaftlicher Interessen ins politische System

Legitimationsfunktion Im Parlament getroffene politische Entscheidungen der Gesellschaft vermitteln

Personalrekrutierungsfunktion Rekrutierung, Ausbildung und Vermittlung von politischem Führungspersonal

Kontrollfunktion Parteien kontrollieren sich gegenseitig in der Machtausübung

Klassifikation bezieht sich vor allem auf organisatorische oder programmatische Erscheinungsform

Honoratiorenpartei ursprüngliche Form, Parlamentarier in locker verbundenen Gruppierungen

Massenpartei von einer Massenbasis getragen (Arbeiterpartei, Bauernpartei), Effektivität über Anzahl Mitglieder

Absolutistische Massenintegrationspartei vollständige Dominanz der Partei über politische und private Aktivitäten ihrer Mitglieder (kommunistische, faschistische)

Demokratische Massenintegrationspartei gewährt dem Bürger Freiheit

Kaderpartei Effektivität über Auslese von Aktivisten

Catch-All-Party Hinderliche programmatische Konzentrationen werden aufgeweicht, um Klientelgruppen auszuweiten

Kartellpartei Bindung zwischen Partei und Mitgliedern verliert noch weiter an Bedeutung

Position Messung der programmatischen Position von Parteien

Parteienfamilien Liberale Parteien (gegen altes Regime), Konservative Parteien (für das alte Regime), Arbeiterparteien (gegen bürgerliches System), Agrarparteien (gegen Industrialisierung), Regionale Parteien (gegen Zentralismus), Christliche Parteien (gegen Säkularisierung), Kommunistische Parteien (gegen Sozialdemokratismus), Faschistische Parteien (gegen demokratisches System), Rechtspopulistische Parteien (gegen bürokratisch-wohlfahrtsstaatliches System), Ökologische Parteien (gegen Wachstumsgesellschaft)

Rechts-Links-Skala Rechte Positionen fordern weniger Staat und mehr individuelle Selbstgestaltung, linke Positionen stehen für einen Ausbau oder Erhalt des Wohlfahrtsstaates

A priori Einschätzungen Ordnet eine Partei anhand programmatischer Ausrichtung und Zugehörigkeit zu einer Parteifamilie auf dem Links-Rechts-Kontinuum ein

Sekundäranalysen Parteien durch Sekundäranalyse von Literatur auf einer Rechts-Links-Skala positionieren

Demoskopie Repräsentative Umfragen bestimmen Wahrnehmung der politischen Position von Parteien in der Bevölkerung

Elitenbefragungen Parteieliten werden nach ihrer ideologischen Positionierung befragt

Expertenbefragungen nationale, regionale oder internationale Experten werden befragt

Inhaltsanalysen von Parteiprogrammen

Abstimmungen Abstimmungsverhalten der Abgeordneten wird analysiert

Parteiensysteme als abhängige oder unabhängige Variable

Klassifikation Anzahl Parteien (Zweiparteiensysteme, Zweieinhalbparteiensysteme, Multiparteiensysteme mit oder ohne dominante Partei), Fragmentierungsgrad (wenig fragmentierte Systeme gelten als stabiler), Parteien mit Koalitionspotential, Parteien mit Erpressungspotential, Rae-Index (Wahrscheinlichkeit, dass zwei Abgeordnete zur gleichen Partei gehören)

Struktur und Dynamik unterschiedlicher Parteiensysteme

Dominanzsystem Eine Partei dominiert Parteiensystem und stellt Regierungsmehrheit

Zweiparteiensystem Zwei grosse Parteien sind zur Regierungsbildung nicht auf Koalitionspartner angewiesen, bei jeder Wahl Möglichkeit eines Regierungswechsels

Gemässiger Pluralismus Drei bis fünf relevante Parteien mit geringer ideologischer Distanz (koalitionsfähig)

Polarisierter Pluralismus sechs oder mehr Parteien, Existenz von Antisystemparteien mit Oppositionstaktik, vom zentripetalen (nach innen) zum zentrifugalen (nach aussen) Parteienwettbewerb

Sartori Graphische Darstellung nach Anzahl relevanten Parteien und ideologischer Distanz

Entstehung soziostrukturelle Erklärung

Cleavages historisches Entwicklungsmodell gesellschaftlicher Konfliktlinien, Konfliktlinien zum Zeitpunkt der Nationenbildung entscheidend für Entstehung des Parteiensystems, Politische Modernisierung > kulturelle Konflikte (Kirche/Staat, Zentrum/Peripherie), Wirtschaftliche und soziale Modernisierung > materielle Konflikte (Stadt/Land, Arbeitgeber, Arbeitnehmer)

Drei Konfliktlinien Erste Konfliktlinie: Reformations, zweite Konfliktlinie: nationale Revolution, dritte Konfliktlinie: industrielle Revolution

Parteien heute professionelle Massenorganisationen mit detaillierten Informationen über Gesellschaft, agieren strategisch um ihren politischen Einfluss zu maximieren

Auswirkungen Fragmentiertes Parteiensystem führt zu erhöhter Wechselwählerschaft, Fragmentierungsgrad entscheidend für unterschiedliches Parteien- und Koalitionsverhalten

9 Interessengruppen und soziale Bewegungen

Interessengruppen Wichtiges Bindeglied zwischen Bürgern und Institutionen des Staates

Definition Vereinigung von Einzelpersonen oder Körperschaften mit dem Ziel, politische Prozesse und Entscheidungen so zu beeinflussen, dass diese ihren Interessen entsprechen. Sie beeinflussen politische Willensbildung und Entscheidungsfindung durch Mitwirkung und Einwirkung auf Regierung, Parlament, Verwaltung, Parteien und Öffentlichkeit. Nach innen werden gewisse Dienstleistungen produziert.

Handlungsrepertoire Beeinflussung durch Überzeugung und Überredung, Verbandsfärbung durch Platzierung von Verbandsvertretern, Einspeisung von Informationen in den Entscheidungsprozess, finanzielle Zuwendungen, Vergabe von Verbandsämtern an Politiker, Mobilisierung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung, Lancierung von Initiativen und Referenden

Klassifikation Unterscheidung von materiellen und ideellen Interessen, Organisationsstruktur (Mitgliederverbände, Dachverbände), Tätigkeitsbereich

Organisationsfähigkeit Theorie des kollektiven Handelns: Einfluss von Interessengruppen hängt ab von Organisierbarkeit (Fähigkeit, eine Gruppe von Personen sowie Finanzen und Infrastruktur zur Verfolgung konkreter Ziele zu mobilisieren) und Konfliktfähigkeit (Fähigkeit, politische Entscheidungsträger und andere Interessengruppen zu beeinflussen durch Kostenandrohung oder Nutzenversprechung), Trittbrettfahrer als Problem (nimmt mit Grösse der Gruppe zu), Mitgliederzahl als Signal an Nicht-Mitglieder

Gewerkschaften wichtigste Merkmale der Beziehung zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerschaft aus Anfangsphase der Industrialisierung, damals vorherrschende politisch-kulturelle Konfliktlinien werden reflektiert

Pluralismus Unzählige Interessengruppen konkurrieren um politischen Einfluss, politische Entscheidungsträger als Schiedsrichter mit Eigeninteressen, alle Interessengruppen haben gleiche Chancen beim Zugang

Korporalismus Beziehung zwischen Interessengruppen und Staat stärker institutionalisiert, nur wenige privilegierte Interessengruppen besitzen ein Vertretungsmonopol, z.B. Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und dem Staat

Soziale Bewegungen entstehen aufgrund einer spezifischen gesellschaftlichen Problemlage, umfassen und vernetzen eine relativ grosse Gruppe von Menschen mit konfliktiver Haltung gegenüber anderen Akteuren, organisatorische Strukturen sind dezentralisierter, weniger hierarchisch, partizipativer, flexibler und kurzlebiger als bei Parteien und Interessengruppen

Einfluss auf politische Entscheidungen mittels Protest und Information vor allem über Öffentlichkeit

Handlungsrepertoire Traditionelle politische Mittel (Versamm-

lungen, Demonstrationen, Petitionen, Streiks), unkonventionelle Mittel (passiver Widerstand gegen Staatsgewalt, Verkehrsblockaden, Häuserbesetzungen, Gewalt gegen Sachen und Personen)

Themen Von der politischen und wirtschaftlichen Elite bisher vernachlässigte oder verdrängte Themenfelder, tendenziell linke politische Wertvorstellungen

Phasen Thematisierung eines Problems, Herausbildung einer Führerschaft, öffentlichkeitswirksame Handlungen, Etablierung, Auflösung

Entstehung und Erfolg Ausmass der Unzufriedenheit mit dem Status quo, gruppeninhärente Organisationfähigkeit (Theorie des kollektiven Handelns, Ressourcenmobilisierungstheorie), gruppenexterne Rahmenbedingungen (politische Opportunitätsstrukturen)

10 Massenmedien

Massenkommunikation Verbreitung symbolischer Inhalte durch spezialisierte soziale Gruppen (Kommunikatoren) mittels technischer Systeme (Medien) an ein grosses heterogenes und weit verstreutes Publikum (Rezipienten)

Verhältnis zum politischen System Lockerung der Parteienidentifikation zwingt Regierung und Parteien dazu, Zustimmung über die Massenmedien zu suchen

1. **Medienallmacht** Stimulus-Response-Modell, pessimistische Persönlichkeitstheorien (bis 1940)

2. **Medienohnmacht** Modell der zweistufigen Kommunikation, Meinungsführer als Knotenpunkte im Kommunikationssystem, Theorie der kognitiven Dissonanz, Informationsquellen werden selektive ausgewählt, wahrgenommen und gespeichert (bis 1970)

3. **Selektive Medienwirkung** Wirkung der Medien abhängig von Art der Botschaft, Medium, Art der Präsentation, bestehenden Weltanschauungen, politischen Interessen, zeitlichen Umständen > kontextabhängig (heute)

Agenda-Setting-Theorie Medien vermitteln Meinungsgegenstand, öffentliche Agenda (Medienrealität)

Wissenskluft-Hypothese Wissensstand trotz Massenmedien tief, Kluft zwischen schlecht und gut Informierten nimmt zu

Politische Funktion Gruppe der intermediären Akteure

Informations- und Bildungsfunktion Bereitstellung von Fakten-, Zusammenhangs- und Orientierungswissen, Schaffung von Transparenz, Befähigung des Einzelnen zur Partizipation am demokratischen Prozess

Artikulationsfunktion Forum für den politischen Meinungsaustausch

Kritik- und Kontrollfunktion Sach- und Personalentscheide hinterfragen, politischen Stil kritisieren, Missstände aufdecken

Logik Chefredakteure und Verleger ziehen Nutzen aus Unternehmensgewinn (Lohn) und Reputation ihres Mediums, wollen Einnahmen aus dem Werbemarkt maximieren, für möglichst viele, werbewirtschaftlich lukrative Konsumenten ein interessantes und attraktives Produkt zu möglichst geringen Kosten produzieren

Nachrichtenfaktoren Zeit, Nähe (räumlich, politisch, kulturell),

Status, Dynamik, Valenz, Identifikation

Rudeljournalismus Leitmedien selektieren und thematisieren, werden von anderen Medien repliziert

Unsicherheitsquelle Massenmedien als Unsicherheitsquelle im politischen Prozess

Öffentlichkeitsstrategien Agenda der Massenmedien gezielt und von diesen weitgehend unbemerkt bestimmen

Themenmanagement Besetzen, Prägen und Umdeuten von Begriffen, Gebrauch von einprägsamen Slogans, Ritualen und wertbesetzten Schlüssel-symbolen

Symbolische Politik politisch-strategisches Handeln unter bewusster Verwendung symbolischer Mittel und der Reduktion komplexer Sachverhalte auf politische Fundamentalalternativen

Wahlkampfkommunikation innerhalb rechtlicher Rahmenbedingungen, Medien als Schleusenwächter, prämodern (direkte, interpersonelle Kommunikation, kurzfristig und lokal geplant), modern (zentral von der Parteiführung koordiniert, externe professionelle Wahlkampfberater), postmodern (Vielzahl unterschiedlicher Berater, nationale Planung, dezentrale Durchführung, permanenter Wahlkampf)

11 Die Legislative

Definition Versammlung der gesetzgebenden Staatsgewalt, Ursprung in den ständischen Vertretungen des Mittelalters

Funktionen vom Umfeld abhängig

Repräsentation Volksvertretung, Bindeglied zwischen Bürgern und Regierung, Kontinuum zwischen imperativem Mandat und freiem Mandat, Legitimation (für getroffene Lösungen in der Öffentlichkeit werben)

Kontrolle Legislative kontrolliert agenda setting power der Regierung, in präsidentellen Systemen ist Exekutive und Legislative unabhängig, in parlamentarischen Systemen ist die Regierung jederzeit abwählbar, Kontrollfunktion in parlamentarischen Systemen vor allem durch Opposition

Gesetzgebung In parlamentarischen Demokratien durch Exekutive initiiert und in Legislative beraten und beschlossen, Opposition kritisieret und schlägt alternative Lösungen vor, in präsidentellen Systemen werden Gesetze von der Legislative eingebracht, Präsident muss Gesetzesinitiative befürworten

Wahlfunktion Parlament besetzt wichtige Staatsämter, je nach System

Bikameralismus Politische Entscheidungen sollen durch eine zweite Kammer bessere Qualität erhalten, Sicherung von Minderheiteninteressen (durch systematische Vertretung von Statusgruppen, regionalen Einheiten oder ethnischen Gruppen), zweite Kammer meist kleiner, Amtszeit oft länger

Charakteristika Zweite Kammer meist weniger politische Rechte als erste Kammer, Kammern oft inhaltlich nicht kongruent, Charakterisierung aufgrund von Symmetrie und Kongruenz

Deutschland Bundestag (erste Kammer), Bundesrat (zweite Kammer) muss bei wichtigen Gesetzen zustimmen, bei anderen Einspruch erheben

Österreich Nationalrat (erste Kammer), Bundesrat (zweite Kammer),

Kompetenzen sehr ungleich verteilt > unechtes Zweikammersystem, Bundesrat nur aufschiebendes Veto

Schweiz Nationalrat (erste Kammer), Ständerat (zweite Kammer), zusammen vereinigte Bundesversammlung, Mitteparteien im Ständerat stärker vertreten

Europa Drei Kammern an der Gesetzgebung beteiligt, Europäisches Parlament, Europäische Kommission, Rat der Europäischen Union

Zweite Kammer im Gesetzgebungsprozess

Statisch Graphische Darstellung der Kammern mit Idealpunkten und indifferenten Präferenzkreisen, Schnittpunkte als Verhandlungsspielraum

Dynamisch Parlamentskammern bevorzugen eine schnelle Einigung gegenüber einem langwierigen Verhandlungsprozess > Konzessionen

Gesetzgebungsprozess Drei Verfahren: System der institutionellen Gewaltenschränkung, System der institutionellen Gewaltenteilung, System der direkten Demokratie

Parlamentarische Systeme Gesetzesentwurf durch Regierung vorbereitet und ins Parlament eingebracht, oft erste Lesung, dann Überarbeitung und zweite Lesung, für gültige Beschlüsse muss Anwesenheitsquorum (Beschlussfähigkeit) und Beschlussquorum (Notwendiger Stimmenanteil) erfüllt sein, Publikation vor Inkrafttretung (Rechtsstaat!)

Präsidentelle Systeme Grössere Rolle der Legislative, spezielle Ausschüsse beraten Gesetzesvorlagen, Gesetzesinitiative von der Legislative (Kongress), Exekutive muss unterstützen oder Veto einlegen

Agenda-Setter Abstimmungsreihenfolge relevant für Resultat, deshalb Macht des Agenda-Setters, Charakterisierung nach Anzahl potenzieller Agenda-Setter und prozeduralen Rechten des Agenda-Setters

12 Regierung und Verwaltung

Regierung derjenige Teil der vormalig absolutistischen Monarchien, der nach Abtrennung legislativer und richterlicher Aufgaben übrig geblieben ist

Monokratische Form Einzelperson Träger der Exekutivgewalt, Präsident, Staatsoberhaupt mit Repräsentation nach innen und aussen, Minister als Leiter von Fachressorts)

Kollegialregierung alle wichtigen Entscheidungen von den Regierungsmitgliedern gemeinsam nach dem Mehrheitsprinzip gefällt, gegenseitige Kontrolle, Mitglieder gleichgestellt

Kabinetregierung Kombination der beiden Extremformen bestehend aus Kollegium aller Minister mit administrativem Weisungsrecht unter Vorsitz eines Premierministers, Ministerpräsident oder Bundeskanzlers und getrennt davon ein Staatsoberhaupt mit primär repräsentativen Funktionen in Form eines Staatspräsidenten oder Monarchen

Klassifizierung entlang der beiden Dimensionen Mehrheits- und Minderheitsregierungen bzw. Einparteien- und Koalitionsregierungen

Konstitution Im präsidentellen System direkte Wahl des Staatsoberhauptes durch die Stimmberechtigten, in parlamentari-

schen Systemen Regierung vom Parlament gewählt

Stellung Unterschiedliche Stellung der Regierung in parlamentarischen Systemen, verschiedene Kriterien: Unvereinbarkeitsregel (untersagt Kombination von Regierungs- und Parteimitgliedschaft), Recht des Parlaments zur Auflösung der Regierung, institutionelle Struktur der Vertrauensfrage

Verwaltung Vollzug der Vorschriften

Modelle Französisches Modell (Leistungsfähigkeit und technische Expertise wichtigste Kriterien bei der Rekrutierung der französischen Beamten), Deutsches Modell (Gehorsamkeit, Effizienz, Arbeitsamkeit), Angelsächsisches Modell (Lange Tradition der lokalen Selbstverwaltung, stark dezentralisierte Verwaltungsstruktur)

Vergleich der Modelle Charakterisierung anhand Dezentralisierungsgrad und Art des Gesetzesvollzugs, Folgen dezentralisierter Verwaltung (bessere Berücksichtigung regionaler Unterschiede, reduziert Kosten für Verwaltungsgänge, erhöht Zufriedenheit, mehr Wettbewerb), Folgen zentralisierter Verwaltung (Skaleneffekte, aber auch Koordinationskosten), insgesamt Dezentralisierungstendenz

Stellung Verwaltung der Regierung unterstellt, aber politisch nicht haftbare Beamte treffen in zunehmendem Ausmass politische Entscheidungen, Möglichkeiten zur Beeinflussung der Politik (Nutzung des administrativen Handlungsspielraums, Informelle Beeinflussung des Parlaments über die Öffentlichkeit, Beratungsfunktion)

Funktionen Um- und Durchsetzung von Erlassen des Gesetzgebers und der Politik der Regierung, Dienstleistung, Regulierung und Lizenzierung, Informationsbeschaffung und -analyse

Deutschland Bundesregierung (Bundeskanzler und Bundesminister) vom Bundestag gewählt, Bundespräsident (repräsentative Aufgaben) von der Bundesversammlung (Mitglieder des Deutschen Bundestags und gleiche Zahl gekorene Mitglieder) gewählt, Handlungsspielraum der Regierung durch föderale Staatstruktur und Bundesverfassungsgericht eingeschränkt

Kabinettsprinzip Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung müssen unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers in Anwesenheit aller Minister debattiert und verabschiedet werden (Mehrheitsbeschluss)

Ressortprinzip Führung der einzelnen Ministerien unterliegt allein dem jeweiligen Minister

Kanzlerprinzip Bundeskanzler hat Weisungsrecht und Richtlinienkompetenz

Österreich Semi-präsidentielle Verfassung und Arbeitsweise eines parlamentarischen Systems, Bundespräsident direkt vom Volk gewählt (kann Nationalrat auf Antrag der Bundesregierung auflösen), Bundesregierung vom Parlament gewählt, Bundeskanzler vom Bundespräsident ernannt (kann gesamte Regierung entlassen), Kabinetts- und Ressortprinzip

Schweiz Mischform aus parlamentarischem und präsidentellem System, Bundesrat (Regierung und Staatsoberhaupt) von der Bundesversammlung gewählt, Bundespräsident (Primus inter pares) von der Bundesversammlung gewählt, Kabinetts- und Ressortprinzip bzw. Kollegialitäts- und Departementsprinzip, Bundesräte haben Mitspracherecht in den anderen Departementen, Bundeskanzlei

unterstützt Bundesrat bei Planung, Strategie, Kommunikation und Information

EU Europäischer Rat (Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten), Rat der Europäischen Union / Ministerrat (Fachminister der einzelnen Mitgliedsstaaten), Europäische Kommission (27 Kommissare der EU und nicht den Mitgliedsländern verpflichtet)

Handlungskapazität Koalitionstheorie: Welche der möglichen Koalitionsregierungen wird entstehen?

Minimale Gewinnkoalition Regierungskoalitionen aus nur gerade so vielen Parteien wie notwendig für Parlamentsmehrheit

Koalition der minimalen Grösse Kleinstmögliche Mehrheit

Koalition der geringsten Parteienzahl ...

Koalition der minimalen ideologischen Spannweite Parteien mit grössten ideologischen und programmatischen Berührungspunkten

Minimal verbundene Gewinnkoalition Ideologische Verbundenheit maximieren, unnötige Koalitionspartner vermeiden

Policy-mögliche Koalition Wie minimale Gewinnkoalition mit Medianpartei

Minderheitsregierungen Partei kann sich gegen angebotene Regierungsmitgliedschaft entscheiden und Oppositionsrolle wählen

Übergrosse Koalitionsregierungen Parteien wollen gleich viele Koalitionsparteien links und rechts von ihnen

Theorien der öffentlichen Verwaltung Verwaltung wird analysiert

Bürokratiethorie (Weber) Jede Form sozialer Ordnung setzt Ausübung von Herrschaft (Möglichkeit für einen Befehl Gehorsam zu finden) voraus, in modernen Gesellschaften setzt sich die effizienteste Herrschaftsform durch. Bürokratie ist die rationalste und effizienteste Form der Herrschaftsausübung, im Rechtsstaat universell einsetzbar, schützt vor staatlicher Willkür, und erhöht Handlungssicherheit der Beteiligten, hängt nicht von Fähigkeit und Leistung einer einzelnen Person ab

Bürokratiethorie (Niskanen) Beamten an der Erhöhung ihres eigenen Nutzens (Gehalt, Ansehen, Konfliktfreiheit, indirektes Einkommen) interessiert, deshalb wollen leitende Beamte ihr Budget maximieren, Preise für öffentliche Güter wegen Monopolstellung der Verwaltung höher als Marktpreis

Kontrollmechanismen Leitende Ämter politisch besetzen, New Public Management (präzise Leistungskriterien und Leistungsbeurteilung, Anstellungsbedingungen an privaten Markt angleichen, Wettbewerb ermöglichen)

Qualität Weltbankindex zur Wirksamkeit von Regierungen und Verwaltungen, misst Qualität von Dienstleistungen der Verwaltung und Unabhängigkeit der Verwaltung

Korruption Korruptionsindex von Transparency International zur Messung von Korruption (Bestechung, Bestechlichkeit, unrechtmässige Vorteilnahme, Vorteilsgewährung)

13 Die Judikative

Judikative Rechtsprechung, interpretiert das bestehende Recht und trifft Entscheidungen in Rechtsstreitigkeiten

Legalitätsprinzip Niemand (auch nicht Staatsgewalt) steht im Rechts-

staat über dem Gesetz, materieller Rechtsstaat umfasst formelle und materielle Elemente

Formelle Elemente Prozesse und Institutionen

Materielle Elemente Grundrechte (Fundamentale Rechte des Einzelnen oder sozialer Gruppe gegenüber dem Staat, sowie gegenüber anderen Menschen oder Organisationen)

Grundrechte Menschenrechte (stehen allen zu) und Bürgerrechte (an Staatsangehörigkeit gebunden) inklusive politische Rechte

Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Rechtsstaat, institutionelle und materielle Instrumente, um einer Diktatur der Mehrheit vorzubeugen und Minderheiten zu schützen, in verschiedenen Ländern unterschiedliche Gewichtungen von Mehrheitsprinzip und Legalitätsprinzip

Verfassungen enthalten Meta-Normen (Prinzipien, Normen und Regeln, die festlegen, wie alle anderen rechtlichen Normen produziert, angewendet, durchgesetzt und interpretiert werden müssen), territoriale, institutionelle und verfahrensbezogene Ausgestaltung des Staatswesens, Verfassungen als ultimative, formelle Quelle staatlicher Autorität

Neuer Konstitutionalismus geschriebene Verfassung mit Grundrechten und Verfassungsgerichtsbarkeit zum Schutze dieser Rechte

Verfassungsgerichtsbarkeit Wer prüft Verfassungskonformität des untergeordneten Rechts?

constitutional court European model, institutionell selbstständiges Verfassungsgericht

constitutional judicial review American Model, oberstes ordentliches Gericht such für verfassungsrechtliche Angelegenheiten zuständig (z.B. Bundesgericht in der Schweiz)

selbstständige Verfassungsgerichtsbarkeit staatlicher Erlass kann ohne Zusammenhang mit einem konkreten Anwendungsfall durch ein Gericht auf seine Verfassungskonformität geprüft werden, Anfechtungsobjekt ist der Rechtserlass selbst, darf bei Verfassungswidrigkeit nicht in Kraft gesetzt werden (präventive Normenkontrolle) oder muss aufgehoben werden (repressive Normenkontrolle), Gericht als negativer Gesetzgeber

unselbstständige Verfassungsgerichtsbarkeit Rechtssatz anlässlich der Anfechtung eines darauf gestützten Rechtsaktes auf seine Verfassungskonformität überprüft

Konzentriertes System nur ein einziges Gericht ist befugt, Erlasse auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung zu überprüfen

Diffuses System Alle Gerichte berechtigt oder verpflichtet, Vereinbarkeit von Rechtsnormen mit der Verfassung zu überprüfen, verfassungswidrige Normen werden nicht aufgehoben, sondern im konkret zu beurteilenden Fall nicht angewendet

Richterliche Unabhängigkeit Gerichte in Bezug auf ihre Rechtssprechungsfunktion nur an das Recht gebunden, unparteiisch im Verhältnis zu anderen Staatsorganen, gesellschaftlichen Akteuren und Prozessparteien, sichergestellt durch Unvereinbarkeitsbestimmungen, spezifische Wahlmodi, Regelungen zur Amtsdauer

Deutschland Bundesverfassungsgericht mit Sitz in Karlsruhe, Grundrechtssenat für Normenkontrolle und Verfassungs-

beschwerden im Grundrechtsbereich, Staatsrechtssenat für staatsrechtliche Beschwerden und Verfassungsbeschwerden gegen Behörden und Gerichte. Selbstständige, konzentrierte Verfassungsgerichtsbarkeit

Österreich Verfassungsgerichtshof mit Sitz in Wien, Kontrolle des Gesetzgebers, Kontrolle von Behörden und Gerichten, Entscheidungen in Verfassungsstreitigkeiten zwischen staatlichen Organen, Entscheidungen bei Beschwerden im Zusammenhang mit Wahlprüfungen, Verletzungen des Völkerrechts und Anklagen gegen die obersten Staatsorgane. Selbstständige, konzentrierte Verfassungsgerichtsbarkeit

Schweiz Bundesgericht mit Sitz in Lausanne, Bundesrichter durch vereinigte Bundesversammlung gewählt, Beschwerden in Bezug auf eine Verletzung verfassungsmässiger Rechte, Gemeindeautonomie, öffentlich-rechtliche Streitigkeiten zwischen Bund und Kantonen oder zwischen Kantonen, Bundesgesetze und Initiativen von einer Überprüfung auf ihre Verfassungskonformität ausgenommen. Unselbstständige, diffuse Verfassungsgerichtsbarkeit

EU Europäischer Gerichtshof mit Sitz in Luxemburg, oberstes Gericht der EU, Rechtsstreitigkeiten zwischen Mitgliedsstaaten, EU-Organen, Unternehmen und Privatpersonen, ein Richter pro Mitgliedsstaat, Vorabentscheidungsersuche, Vertragsverletzungsklagen, Nichtigkeitsklagen, Untätigkeitsklagen, Schadenersatzklagen

Politischer Einfluss Verfassungsgerichte als eigenständige und strategisch handelnde Akteure mit eigenen Interessen und politischen Präferenzen, räumliches Modell zur Darstellung (symmetrische und ein-gipflige Präferenzen in einem eindimensionalen politischen Raum, Verfassungsgericht muss Parlament, Regierung und Status Quo berücksichtigen.)

Messbarkeit Politischer Einfluss von Verfassungsgerichten, verschiedene Indizes, Ergebnisse korrelieren stark: Lijphart (Länder werden aufgrund vom Ausmass der richterlichen Aktivität und der Existenz eines formellen Verfassungsgericht in 4 Kategorien eingeteilt), Alivizatos (4 Kategorien aus politischer Aktivität des Gerichts und Konzentration des Verfassungsgerichts), Cooter (Expertenbefragung und Entstehung des Haftpflichtrecht), Stärke der Verfassungsgerichtsbarkeit muss nicht zwingend mit der Organisationsform korrelieren

Stärke der Verfassungsgerichtsbarkeit

Erklärungsfaktoren Fragmentierungsgrad politischer Systeme (hohe Fragmentierung gibt dem Verfassungsgericht mehr Macht), vertikale Gewaltenteilung (föderalistische Staaten haben stärkere Verfassungsgerichte), Rigidität der Verfassung (Schwierigkeit einer Verfassungsrevision hat einen positiven Zusammenhang mit der Stärke des politischen Einflusses der Verfassungsgerichtsbarkeit)

ex ante Gesetzgeber hat ein Interesse daran, die Verfassungswidrigkeit eines neuen Gesetzes auszuschliessen, ehe er die mit seiner Inkraftsetzung verbundenen Kosten auf sich nimmt

Einfluss des EuGH Erklärungsfaktoren des grossen politischen Einflusses des EuGH: Rechtlicher Formalismus und Kultur, Strategisches Verhalten des EuGH (Interesse an einer Stärkung seiner Position), Strategisches Verhalten nationaler Gerichte (bei starkem Einfluss des EuGH wird die

Position der nationalen Gerichte gestärkt), Transnationales Interesse privater Akteure (Kosten einer Klage gering, ermöglichen auch schwach organisierten Interessengruppen Einfluss), Strategisches Verhalten nationaler Regierungen (bewusst gewählte Strategie)

14 Internationale Beziehungen

Interationale Politik Gesamtheit aller Interaktionen, die auf die autoritative (kooperative oder nicht-kooperative) Verteilung von (materiellen oder nicht-materiellen) Werten jenseits staatlicher Grenzen gerichtet sind

Grundstrukturen Im Westfälischen Frieden verpflichteten sich die wichtigsten europäischen Staaten, die uneingeschränkte politische Autorität von Herrschern, bzw dem Souverän innerhalb ihres jeweiligen Staatsgebietes anzuerkennen, quasi-Staaten werden als Sanierungsfälle betrachtet, völkerrechtliche Normen gelten für alle, anarchischer Charakter des internationalen Systems (keine übergeordnete Instanz)

Herausforderungen Sicherheit kein Gewaltmonopol im internationalen System, Sicherheit durch eigenständige Massnahmen der Staaten und Abkommen gewährleistet, Gefahr von Rüstungswettläufen, auch grenzüberschreitende nicht-staatliche Gewalt

Wohstand Entwicklungszusammenarbeit, Sicherheitspolitik, Einwanderungspolitik, Protektionismus, Marktliberalisierung, Währungs- und Finanzmarktkrisen...

Freiheit Selbstbestimmungschancen der Individuen, grundlegende und universal gültige Menschenrechte finden und durchsetzen, Asylrecht, Einwanderungsrecht, Auslieferungsrecht, Familienzusammenführung...

Theorie Theorienpluralismus, Theorien als Ausgangspunkt für die Entwicklung von Hypothesen

Liberalismus Internationale Kooperation gegenseitig gewinnbringend, Freihandel fördert friedliches Zusammenleben, Augenmerk auf nicht-staatliche Akteure

Realismus Streben nach Macht in der Natur des Menschen, Staaten wollen Macht maximieren, internationale Organisationen und Kooperation selten und schwach

Marxismus Ökonomische Bedingungen prägen das Verhalten von Staaten und anderen Akteuren im internationalen System, Verteilungskonflikte als Kriegsursachen, Industrieländer integrieren Entwicklungsländer in das Weltwirtschaftssystem, um sie auszubeuten (Dependenztheorie)

Konstruktivismus Politische Wirklichkeit durch kommunikative und physische Interaktion konstruiert, Erforschung der Wirkungsmacht von Ideen und Normen, Klärung der Grundstrukturen und Grundannahmen des Seienden (Ontologie), Gewinnung von theoretischen und empirischen Erkenntnissen bei bestimmten Formen der Beweisführung (Epistemologie), vorwiegend hermeneutische Analysen, Metatheorie

Analyseebenen Individuum, Regierung, Gesellschaft, zwischenstaatliche Ebene, Weltsystem

Kriege Weit reichende, organisierte Gewalt zwischen politisch geprägten Gruppen

Charakterisierung der politischen Gewalt nach Akteur (Staat, nicht-staatlich) und Ziel (Staat, nicht-staatlich)

Kriegsursachen monokausale Erklärungen greifen zu kurz

Internationale Kooperation Internationales System immer stärker durch tausende von internationalen Verträgen und Organisationen geprägt, nur noch begrenzt anarchisch, Realismus (Gefangenen-Dilemma), Liberalismus (strikte Reziprozität und Informationsaustausch wichtig),

Europäische Integration weltweit einzigartiger Versuch, anarchische Strukturen des internationalen Systems und die damit verbundenen Probleme zu überwinden

Intergouvernementalismus Nationalstaaten als treibende Kraft der Europäischen Integration

Realer Intergouvernementalismus EI vorwiegend von Macht und Interessenpolitik geprägt

Liberaler Intergouvernementalismus Analyse des Einflusses innerstaatlicher Interessengruppen

Supranationalismus Eigendynamik ausserhalb der direkten Kontrolle der Staaten, transaktionalistische Argumente (soziale und wirtschaftliche Interaktionen führen zu Integration, funktionalistische Argumente (Integrationssschritte in einem Politikbereich führen zu spill-over Effekten in anderen Bereichen), konstruktivistische Argumente (Wirkungsmacht von Ideen, Normen, Identitäten)

15 Ursachen und Auswirkungen der Globalisierung

Definition Prozess der Verdichtung von ökonomischen, sozialen und politischen Beziehungen über Landesgrenzen hinweg

Messbarkeit Messung der ökonomischen Aspekte (wirtschaftliche Globalisierung) durch grenzüberschreitende Waren- und Dienstleistungsströme (Anteil am BIP), grenzüberschreitende Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen

Ursachen Unspezifische Faktoren (technologische Innovationen), Charakteristika einzelner Staaten, interdependentes Verhalten

Auswirkungen der Globalisierung

Wahrscheinlichkeit von Kriegen Opportunitätskosten eines Krieges steigen mit der Intensität der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen, Waren-, Finanz und Personenströme sind auch Transportkanäle für Informationen und soziale Normen

Staatliche Handlungsfähigkeit Effizienzhypothese: zunehmende Offenheit der Märkte verstärkt Standortwettbewerb (Druck auf Staaten), Kompensationshypothese: Staaten haben auch im Zeitalter der Globalisierung Möglichkeiten, wirksame politische Instrumente zur Kontrolle einzusetzen

Innenpolitik Effekte auf politische Präferenzen und Wahlverhalten (stärkere Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt), Effekte auf politische Verantwortlichkeiten (Politiker in wirtschaftlich offenen Ländern bei Wahlen weniger häufig für schlechten Wirtschaftsverlauf bestraft), Effekte auf politische Konjunkturzyklen (Angleichung wirtschaftlicher Konjunkturzyklen bewirkt Angleichung politischer Zyklen), Qualität der Demokratie (Niedergang traditioneller Parteien)